

# "Zu wenig Klimaschutz" : ältere Frauen verklagen die Schweiz

Autor(en): **Wenger, Susanne**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **50 (2023)**

Heft 6

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-1052153>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## «Zu wenig Klimaschutz»: Ältere Frauen verklagen die Schweiz

Der Verein «KlimaSeniorinnen» will die Schweiz mit einer Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verpflichten, mehr gegen die Klimaerwärmung zu tun. Besuch bei Co-Präsidentin Rosmarie Wydler-Wälti, einer 73-jährigen Aufständischen.

SUSANNE WENGER

Ein Wohnquartier in der Stadt Basel an einem sehr warmen Herbsttag. Die Klimaaktivistin, die uns freundlich in ihrem Zuhause empfängt, hat graue Haare und engagiert sich seit einem halben Jahrhundert für die Umwelt: Rosmarie Wydler-Wälti, pensionierte Kindergärtnerin und Elternberaterin, achtfache Grossmutter. Sie und ihre Mitstreiterinnen haben die Schweiz verklagt, weil der Staat nicht genug gegen die Klimaerwärmung unternahme. Dadurch würden ihre Rechte verletzt, sagen sie – und geben damit der Klimadebatte einen neuen Dreh.

Vom Wohnzimmer des Reihenhauses, das die Baslerin mit ihrem Ehemann bewohnt, ist ein kleiner Garten zu sehen. Auf einem Sofa stapeln sich Bücher über die Klimakrise. «How Women Can Save the Planet», lautet ein Titel. «Das Haus ist meine einzige Klimasünde», räumt sie sogleich ein. Es sei zu gross für zwei Personen, wenn auch mit einer Solaranlage ausgestattet. Rosmarie Wydler-Wälti versucht seit jeher, nachhaltig zu leben. Sie kauft nur ein, was sie braucht, fliegt schon lange nicht mehr, bewahrt «jede Schnur, jedes Säcklein» auf. Wiederverwerten statt wegwerfen: Das habe sie von ihren Eltern gelernt, sagt sie.

### Schutzpflicht des Staates?

Schon als junge Mutter machte sie in der Ökologie- und Frauenbewegung mit. Geprägt auch vom «traumatischen» Jahr 1986, mit der Nuklearkatastrophe in Tschernobyl und dem Chemie-Grossbrand in Schweizerhalle bei Basel. «Die Kinder konnten nicht raus, weil wir nicht wussten, ob Gift in der Luft war», erinnert sie sich. Einer Partei gehört Rosmarie Wydler-



Wälti nicht an, ein politisches Amt hatte sie nie inne. Als 2016 – nach einer Idee der Umweltorganisation Greenpeace – der Verein «KlimaSeniorinnen» gegründet wurde, war sie aber sofort bereit, das Co-Präsidium zu übernehmen. Sie teilt es sich mit der 75-jährigen Genferin Anne Mahrer, einer früheren Nationalrätin der Grünen.

Heute zählt der Verein rund 2500 Mitglieder, alles Frauen ab 64 bis über 90. Sie eint ein Anliegen: Die Schweiz soll mehr Ehrgeiz zeigen, wenn es darum geht, den Ausstoss von Treibhausgasen zu senken und die Ziele des Pariser Klimaübereinkommens zu erreichen. Die Rentnerinnen berufen sich auf die Verfassung und die Euro-

Die «KlimaSeniorinnen» Rosmarie Wydler-Wälti (links) und Anne Mahrer während einer öffentlichen Anhörung vor der Grossen Kammer des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im März dieses Jahres. Foto Keystone

päische Menschenrechtskonvention. Der Staat habe eine vorsorgliche Schutzpflicht, argumentieren sie, er müsse das Recht auf Leben schützen. Häufigere und intensivere Hitzewellen als Folge der Klimaerwärmung seien eine Bedrohung. Bei älteren Menschen führten sie zu mehr Erkrankungen und höherer Sterblichkeit, besonders bei Frauen.

### Tödliche Hitzewellen

Dass die Hitze ältere Frauen am stärksten gefährdet, lässt sich statistisch nachweisen. Wie jüngst in einer Studie des Schweizerischen Tropen- und Public-Health-Instituts im Auftrag der

Bundesämter für Gesundheit und Umwelt: Im heissen Sommer 2022 verzeichnete die Schweiz 474 hitzebedingte Todesfälle, ausnahmslos bei über 75-Jährigen, und 60 Prozent der Verstorbenen waren Frauen. Der hitzebedingte Anteil an der gesamten Sterblichkeit lag bei den Frauen dieser Altersgruppe höher als bei den Männern. Dass sich der Verein auf Seniorinnen beschränkt, hat also auch prozesstaktische Gründe. «Wir können Betroffenheit geltend machen», so Wydler-Wälti.

Die Frauen durchliefen den nationalen Instanzenzug und unterlagen dreimal: beim Umweltdepartement, beim Bundesverwaltungsgericht, beim Bundesgericht. Letzteres befand, sie seien nicht hinreichend in ihren Rechten berührt. 2020 folgte der Gang nach Strassburg: Der Verein und vier einzelne Frauen reichten beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eine Beschwerde gegen die Schweiz ein. Diesen März führte ein 17-köpfiges Richterorgane eine öffentliche Anhörung durch. Das Anwaltsteam der Klägerinnen und die Vertreter der Schweizer Regierung brachten ihre Argumente vor. Die offizielle Schweiz stellte sich unter anderem auf den Standpunkt, Klimaschutz sei eine komplexe Aufgabe der Politik, keine Gerichtssache.

### «Viel Zeit verloren»

Rosmarie Wydler-Wälti sass im Gerichtssaal und dachte: «Wow!» Sie hatte den Eindruck, «dass wir erstmals richtig ernst genommen wurden». Mehr noch: Die älteren Schweizerinnen könnten einen Präzedenzfall für die Staaten des Europarats schaffen, dem die Schweiz seit 1963 angehört. Denn der Gerichtshof in Strass-

burg befasst sich zum ersten Mal mit einem möglichen Zusammenhang von Klimaschutz und Menschenrechten. Doch warum versuchen die Seniorinnen nicht auf demokratischem Weg im Inland, Mehrheiten zu erringen, wie dieses Jahr, als die Stimmbürger ein neues Klimagesetz annahm?

«Wir haben schon viel Zeit verloren», antwortet die Co-Präsidentin. Es brauche nun jeden legitimen Einsatz: bei Abstimmungen und Wahlen, an Kundgebungen, vor Gericht. Argwöhnt wurde auch schon, die «Grosis» liessen sich von Greenpeace vor den Karren spannen. Rosmarie Wydler-Wälti hält dies für ein abwertendes Altersklischee. Mit Greenpeace bestehe eine Zusammenarbeit, sagt sie, zudem finanziere die Umweltorganisation die Rechtsvertretung. Doch der KlimaSeniorinnen-Verein, in dem viele Fähigkeiten, Erfahrung und lebenslanges Engagement zusammenkommen, sei eigenständig.

### Solidarität mit Jungen

Seitdem sie Strassburg angerufen haben, sind die KlimaSeniorinnen bekannt. In positiven Reaktionen werden sie für ihren Mut und ihre Beharrlichkeit gelobt. In negativen wird ihnen nahegelegt, doch einfach die Grosskinder zu hüten. Jemand beschied ihnen anonym per Mail, solche wie sie seien früher auf dem Scheiterhaufen verbrannt worden. «Mit einer Hexe verglichen zu werden, ist für mich ein Kompliment», findet Wydler-Wälti, «das waren starke Frauen.» Das Urteil aus Strassburg wird erst 2024 erwartet. Derweil halten die KlimaSeniorinnen Vorträge, organisieren Anlässe, beantworten Medienanfragen aus aller Welt. Auch



«Das Haus ist meine einzige Klimasünde. Es ist zu gross für zwei Personen.»

Rosmarie Wydler-Wälti im Garten ihres Zuhauses in Basel.  
Foto Keystone

«Al-Jazeera» und die «New York Times» berichteten schon über sie.

Am Tag nach dem Gespräch mit der «Schweizer Revue» nahm die Co-Präsidentin erneut den Zug nach Strassburg. Die KlimaSeniorinnen drückten ihre Solidarität aus, als am Menschenrechts-Gerichtshof eine weitere Klimaklage verhandelt wurde. Sie stammt von sechs Jugendlichen aus Portugal und richtet sich gegen 32 Staaten in Europa, darunter die Schweiz. Klimajugend und Klimaalter: Das Generationenübergreifende ist Rosmarie Wydler-Wälti wichtig. Sie sagt: «Gewinnen wir mit unserer Klage, nützt dies letztlich allen.»

Link zum Hearing in Strassburg vom 29. März 2023: [revue.link/hearing](https://www.revue.ch/link/hearing)